

Die Neue Gesellschaft

Frankfurter Hefte

11

Herausgegeben für die
Friedrich-Ebert-Stiftung von
Walter Dirks
Eugen Kogon
Heinz Kühn
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

1985
32. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Ständige Mitarbeit: Tilman Fichter
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Courlr-Druck, 5300 Bonn 3

Redaktionsbeirat:
Siegfried Bangert
Frank Benseler
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Bruno Friedrich
Ulrich Gembardt
Horst von Gizycki

Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Ferdinand W. Menne
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Friedrich-Wilhelm Witt

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738 Einzelheft 9,50 DM (zuzüglich 1,50 DM Versandkosten), Jahresabonnement 57,- DM (zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland bzw. 13,20 DM im Ausland). Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist.

Im Bezugspreis sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 14
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
970	Dieter Hoffmann-Axthelm	Zwei gegensätzliche Stadtidentitäten
Thema: Europa		
982	Gespräch zwischen Fred Sinowatz, Béla Köpeczi, Hans-Joachim Hoffmann und Peter Glotz	Dialog über die Grenzen
992	Günter Gaus	Politik zwischen West und Ost
1002	Dokumentation	Auszüge aus einer Ansprache von Bundespräsident Richard von Weizsäcker aus Anlaß seines Besuches beim Europäischen Parlament in Straßburg am 23. Oktober 1985
1003	Horst Ehmke	Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik
1011	Ton Veerkamp	Blockfreies Europa — eine Perspektive?
1016	Gert Weisskirchen	Die europäische Friedensbewegung zwischen Euphorie und Niedergeschlagenheit
1018	Thomas von der Vring	EG und Süderweiterung
1021	Rainer Diehl	Kinnocks neue Freunde
1026	Veronika Isenberg	Ein Bad Godesberg der Sozialistischen Partei Frankreichs?
Thema: Bundeswehr		
1031	Karl Wilhelm Berkhan	„Schier 30 Jahre bist Du alt . . .“ — Gedanken zum 30. Geburtstag unserer Bundeswehr
1033	Klaus von Schubert	30 Jahre Streitkräfte ohne Krieg
1038	Walter Dirks	Rot und Grün, zwischen den Wahlen
1040	Richard Löwenthal	Erinnerungen an Wolfgang Abendroth
1043	Claus Koch	Ein, zwei Gründe und drei, vier Schwierigkeiten für Intellektuelle, sich mit der SPD zu beschäftigen
1051	Herta Däubler-Gmelin	Methoden der künstlichen Befruchtung
Berichte aus europäischen Ländern		
1055	Frankreich	Neue Sprache
1056	Griechenland	Spaltung der Opposition
1057	Großbritannien	Die Städte brennen
1058	Italien	Auf Profilsuche
1059	Niederlande	Paradoxe Lage
1061		Kritik

den Kunstinteressierten um eine kleine Minderheit handelt. Die einen sind der bürgerlichen Hochkultur verbunden, dem großen Theater unserer Zeit, der Oper und den Museen. Wer sind die Menschen, die dort hingehen? Zum großen Teile jene, die einen höheren Bildungsgrad haben. Auf der anderen Seite gibt es die sogenannte Alternativkultur, die Avantgarde. Und wer sind hier die Konsumenten? Wieder jene, die durch einen höheren Bildungsgang gegangen sind. Unberührt bleibt dabei in Wahrheit die große Zahl der Menschen. Die sind weder zu finden bei den großen Ereignissen der bürgerlichen Kultur noch dort, wo sich die Avantgarde bewegt. In diesem Zusammenhang habe ich mich immer gefragt, ob nicht auch Unterhaltung im guten Sinne des Wortes eine größere Rolle spielen müßte. Es ist ja kein Zufall, daß bei uns zwischen der geistlosen Zerstreuung und den anspruchsvollen Werken ein Vakuum besteht. Offensichtlich ist es sehr schwer, diesen Bereich aufzuarbeiten. Es gibt eigentlich nicht Unterhaltung in dem Sinn, daß Menschen — ich wage das Wort kaum auszusprechen, weil es mit Pathos verbunden ist — „erhöht“ werden, daß ihnen der Weg zu einem Verhalten geebnet wird, das nicht im Konsumdenken verhaftet bleibt. Da gelingt uns nichts! Es gelingt uns nicht und es gelingt offensichtlich auch bei den östlichen Nachbarn nicht. Ich habe oft das Gefühl, daß die, die sich der Avantgarde bzw. der Alternativkultur zuzählen, sich im Grunde genommen auch gar nicht um die Aufgabe, die Vielen zu begeistern, bemühen, sondern nur für sich selbst schöpferisch sind, und dasselbe gilt für die Hochkultur. Daher meine ich, wenn ich von sozialdemokratischer Kulturpolitik rede, daß wir diese Aufgabe in unserem Wirken mit einschließen müssen, damit wir dieses Vakuum ausfüllen können. Dazu bedarf es einer gewissen Selbstbescheidung. Wir müssen eben den Mut haben, ein bißchen herabzusteigen vom großen Roß der Intellektualität. Das sagt gar nichts gegen die Intellektuellen, weil die Intellektualität ja die Hefe ist, die wir brauchen, und die Mahnung und Kritik, die wir notwendig haben. Aber insgesamt verstehe ich unter Kulturpolitik doch, daß wir zu der Wohlfahrt, die wir geschaffen haben, zu diesem Wohlstand, zu dem wir es auch schon gebracht haben, nun das Wohlbefinden der Menschen im Auge haben müssen. Daher trenne ich die Kulturpolitik nicht von der Sozialpolitik. Ich trenne nicht Kulturpolitik von der Aufgabe, menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen, ich trenne Kulturpolitik nicht von unseren sozialen Aufgaben, ich trenne Kulturpolitik nicht von der „Politik überhaupt“...

Günter Gaus: Politik zwischen West und Ost Die Ostpolitik, die deutsch- deutschen Beziehungen, die „deutsche Frage“

*Günter Gaus, geb. 1929, Journalist, war von 1974 bis 1981 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der DDR. Veröffentlichungen u. a. :
Staatserkhaltende Opposition oder Hat die SPD kapituliert? Gespräche mit Herbert Wehner (roak 942/1966). 1984 erschienen im Rowohlt Verlag drei Reden von Günter Gaus unter dem Titel „Deutschland und die NATO“; s. a. auch das Gespräch „Wir dürfen an den Einflußsphären in Europa nicht rühren“ in NG 8/82.*

Ende der Nachkriegszeit

An irgendeiner Stelle muß man den Nagel in die Wand schlagen, muß man — um es akademischer zu sagen — versuchen, einen archimedischen Punkt zu finden: zwar nicht, um die Welt aus den Angeln zu heben, aber doch dafür, einen Teil ihrer Entwicklung zu analysieren. Der Nagel, den ich in die Wand schlage, ist die Behauptung, daß die Nachkriegszeit, bezogen auf den Zweiten Weltkrieg, mit dem Beginn der Entspannungspolitik endet, die der Westen gegen Ende der sechziger Jahre mit dem Ostblock aufnimmt. Die zwanzig Jahre vorher, seit 1945, waren gekennzeichnet zunächst durch die Vollstreckung des europäischen Kriegsergebnisses — die Teilung Deutschlands, die Teilung Europas —; dann durch die harte Konfrontationsphase des Kalten Krieges, in der die eine Seite die andere zu testen versuchte und diese darauf reagierte — Stichworte: die Blockade Berlins und die Gründung der NATO —; und schließlich durch die wechselseitige faktische Anerkennung der Einflußgebiete der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion im geteilten Europa.

Natürlich läßt sich nicht auf den Tag genau, auf das einzelne Ereignis hin bestimmen, wann und wodurch die politischen Weichen so gestellt wurden, daß von da an vom Ende der Nachkriegszeit gesprochen werden kann. Und so überlappen sich auch in meiner Analyse der europäischen Entwicklung seit 1945 die verschiedenen Phasen. Die faktische Anerkennung der unterschiedlichen Einflußgebiete reicht zum Teil bis in die Konfrontationsphase zurück, in der sich West und Ost, vom Lärm ihrer Propagandaapparate abgesehen, im Grunde politisch

sprachlos gegenüberstanden; Beispiele: die Unruhen in der DDR 1953, der Aufstand in Ungarn 1956. In beiden Fällen respektierte der Westen die sowjetische Herrschaft östlich der Demarkationslinie, die mitten in Europa, mitten in Deutschland gezogen ist. Dieselbe Respektierung im Falle der Tschechoslowakei 1968 fiel bereits in die ersten Diskussionen über eine Spannungs- und Vertragspolitik mit dem Osten. Das Stillhalten des Westens gegenüber den Vorgängen in Polen seit 1980 gehört ganz in die Phase der Vertragspolitik. Und geradezu ein Teil der west-östlichen Vertragspolitik ist — nun auch einmal als verbrieft sowjetische Respektierung westlicher Rechte, westlicher Vormacht — das Viermächteabkommen über Berlin im Jahre 1972.

Man sieht, die Übergänge der verschiedenen Phasen sind fließend — was ja auch nur selbstverständlich ist, weil politische Entwicklungen zwar von Konzeptionen mitbestimmt werden, aber nicht mit ihrer Hilfe im Handumdrehen an- oder abgestellt, begonnen oder beendet werden können. Dennoch läßt sich, so meine ich, die Behauptung begründen, daß die Nachkriegszeit in Europa mit dem Beginn der Entspannungspolitik zu Ende ging. An die Stelle von Eindämmung des sowjetischen Einflusses, also an die Stelle eines politischen Handelns, das überwiegend auf Reagieren beschränkt war und konzeptionell eher dürftig — an diese Stelle trat mit der Spannungs- und Vertragspolitik die westliche Absicht, im West-Ost-Gespräch die vorhandene Situation perspektivisch zu gestalten.

Bedenkt man, wie umwälzend der Zweite Weltkrieg und sein Resultat in Europa gewesen sind, so kann es nicht erstaunen, daß die Nachkriegsphase gut zwanzig Jahre gedauert hat. Dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas, den die Notwendigkeit diktierte, stand außenpolitisch nichts Gleichwertiges zur Seite. Zwar gelang die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland, vertreten durch die westdeutsche Bundesrepublik: ohne Zweifel ein wichtiger historischer Vorgang. Aber man schmälert dessen Bedeutung nicht, wenn man darauf hinweist, daß die Entwicklung für Westdeutschland wirtschaftlich geradezu zwingend war — durch Montanunion und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft — und politisch vorgegeben. Denn die gern beschworene Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland für den Westen, wozu natürlich auch die Verständigung, die Aussöhnung mit Frankreich gehört — diese Entscheidung war und ist zwar gut und richtig und entspricht der politischen Kultur der Deutschen in ihren besseren Traditionen, aber eine Entscheidung, die die Westdeutschen auch

hätten verweigern können: eine solche Entscheidung war es gewiß nicht. Die Westdeutschen waren sehr einverstanden, sie waren sehr erleichtert darüber, daß der Westen sie in sein Einflußgebiet schützend einbezog und sie sich darin zum Partner entwickeln konnten; das war ein bei weitem besseres Los, als es die Deutschen östlich der Elbe getroffen hatten. Aber in der ersten Nachkriegszeit, die bald in den Kalten Krieg überging, waren weder die Westmächte noch die Sowjetunion bereit, ihre jeweilige Pufferzone im westlichsten und östlichsten Vorfeld, das geteilte Deutschland, aufzugeben. Sie sind es, so denke ich, auch heute nicht.

Ich wiederhole ausdrücklich, weil die Gefahr von Mißdeutungen an dieser Stelle naheliegt: Die ganz, ganz große Mehrheit der Westdeutschen sieht sich und ihren Staat, die Bundesrepublik, mit voller innerer Zustimmung als einen Teil der westlichen Welt. Mein Hinweis, daß diese schließlich auch militärische Einbindung in den Westen in der Nachkriegszeit vorgegeben war, eine Folge der Konfrontation zwischen den ehemaligen Kriegsalliierten war — der Hinweis darauf soll das Verdienst keines westdeutschen Politikers, schon gar nicht das Konrad Adenauers, den ich bewundere, verringern. Aber er soll doch verdeutlichen, daß diese Außenpolitik des Westens konzeptionell nur auf den innerwestlichen Zusammenschluß, einschließlich Westdeutschlands, ausgerichtet war. Gegenüber der Sowjetunion und ihren Verbündeten reagierte der Westen nur, er agierte nicht. Diese Lähmung im konzeptionellen Denken, diese Beschränkung auf das Eindämmen, sie können wahrhaftig nicht verwundern nach dem Schock, den die machtpolitischen Verhältnisse in Europa nach 1945 auslösten. Und, so muß man nach meiner Auffassung hinzufügen: Der westliche Zusammenschluß im Kalten Krieg hat wahrscheinlich den Frieden in Europa seit 1945 gesichert. Das aber ist nicht wenig, sondern ist das Entscheidende — für Europa. Es mag ein schäbiger, glanzloser Frieden sein, der — wann immer der Westen gegenüber den Vorgängen in der DDR, in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Polen stillgehalten hat — unser Gewissen nach den philosophischen Maßstäben der westlichen Aufklärung, der westlichen Demokratie bedrückt: aber es ist Frieden. Konzeptionell entsprang die westliche Außenpolitik gegenüber dem Osten in der Nachkriegszeit einem Maginotlinien-Denken.

Von diesem Denken, einem im Grunde passiven, nahm das westliche Lager unter Führung der Vereinigten Staaten mit Beginn der Entspannungspolitik Abschied. Der Westen trat damit aus der Maginotli-

nie heraus. Der Unterschied zwischen der bis dahin betriebenen Eindämmungspolitik und der neuen Dialog-Politik ist nach meinem Verständnis so grundsätzlich, daß ich auf diesen Wandel des politischen Konzepts das Ende der Nachkriegszeit datiere. Die Sowjetunion war ebenfalls zum Dialog bereit, wenn aus keinen anderen Gründen, dann wohl aus dem, zu besseren wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen zu gelangen. Eine neue Phase der Politik in Europa begann. In diese Phase gehört die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland hinein, wie sie in den Verträgen mit Moskau, Warschau und Prag Anfang der siebziger Jahre ihren Rahmen erhielt. Ein Teil dieser neuen Ostpolitik ist die Deutschlandpolitik, der durch den Vertrag mit Ost-Berlin, den Grundlagenvertrag, die Basis für staatliche deutsch-deutsche Beziehungen gegeben wurde.

Wichtig ist, sich dessen bewußt zu bleiben, daß diese neue Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik, die mit der Koalition aus SPD und FDP unter dem Kanzler Willy Brandt 1969 begann, eingebettet war in die neue Dialog-Politik des Westens, also vor allem auch in die der USA. Für mich gehört es zu dem weniger erhellenden Teil des westdeutschen Parteienstreits über Art und Inhalt der neuen Politik, wenn mit Hilfe von Zitaten über Detailfragen darüber gestritten wird, ob Henry Kissinger und Egon Bahr damals in allen Einzelheiten einer Meinung waren. Es gibt wahrhaftig wichtigere, grundlegende Fragen im Zusammenhang mit der Entspannungspolitik zu diskutieren. Über alle Details hinweg war jedenfalls die Ost- und Deutschlandpolitik, die Willy Brandt begann, ein Teil der gleichgearteten Politik des westlichen Bündnisses. Bonn hätte die Politik allein gar nicht machen können. Den Grundlagenvertrag mit der DDR, beispielsweise, hätte es ohne das Viermächteabkommen über Berlin nicht gegeben.

Nationale Interessen

Die Deutschen haben im Nationalsozialismus den Nationalismus auf eine schauerliche Spitze getrieben. Nach dem Krieg hatten gerade die Nachdenklichen unter den Deutschen, besonders unter den jungen Deutschen, ein tiefes Mißtrauen, eine große Scheu vor allem, was mit Nation, nationaler Identität, nationalen Empfindungen zu tun hatte. Für mich erklärt sich daraus auch, warum die Westdeutschen in der Nachkriegszeit stärker als ihre Nachbarn für die europäische Einigung engagiert waren. Was für die Nachbarn von den Geboten wirtschaftlicher Vernunft bestimmt wurde, war für die Westdeutschen auch ein Schritt zur Überwindung alles Nationalen.

Für die westlichen Verbündeten, die eine halbe Generation vorher sehr andere Deutsche kennen und fürchten gelernt hatten, waren diese neuen Deutschen politisch überaus angenehm und bequem im Umgang, pflegeleicht. Der Westen gewöhnte sich an die neuen Deutschen in der Bundesrepublik und übersah dabei, daß deren weitgehendes Desinteressement an Fragen der eigenen nationalen Identität ebensowenig normal war, wie es vorher die schreckliche Überspitzung des Nationalismus gewesen war. In einer Welt, in der immer auch noch die Nation ein Maßstab für politische Interessen und politisches Handeln ist, das gilt für Frankreich wie für Polen wie für die USA — in einer solchen Welt ist es geradezu ein Schritt der psychischen Normalisierung, wenn seit einiger Zeit in westdeutschen Debatten über den möglichen Schutz der deutsch-deutschen Beziehungen vor einer Erkältung, die zwischen Washington und Moskau herrscht, gelegentlich auch auf besondere nationale Interessen hingewiesen wird. Das ist nach einer langen Zeit der politisch-psychologischen Anomalie, erst durch Chauvinismus, dann durch Gleichgültigkeit, ein Wiederanschluß an die herrschende Normalität unter den Völkern.

Ich kann keine nennenswerten Anzeichen dafür erkennen, daß diese Re-Normalisierung sich wieder zu einem nationalistischen Wahn entwickeln könnte, in dem ein Volk die Realitäten der Welt ebenso vergißt wie deren sittliche Normen. Die nüchterne Einsicht der Deutschen in die Gegebenheiten der Ost-West-Verhältnisse ist groß. Nach dem, was die Deutschen nach 1933 zuerst sich selbst und dann anderen Völkern Böses angetan haben, kann ich verstehen, daß im Zusammenhang mit deutschland- und ostpolitischen Debatten in der Bundesrepublik die westliche Öffentlichkeit gelegentlich irritiert ist, Rückfälle in alte Sünden argwöhnt. Ich kann es verstehen; aber auf einer luziden, rationalen Analyse westdeutscher Auffassungen und Stimmungen beruhen diese westlichen Irritationen nicht. Neben den verständlichen schlimmen Erinnerungen scheinen sie mir auch der Neigung zu entspringen, in der Bundesrepublik Deutschland lieber einen bequemeren als einen erwachsenen, normalen Bündnispartner zu besitzen, der — wie beispielsweise Frankreich — von Fall zu Fall auch einmal spezielle nationale Interessen in der Ostpolitik hat, die nicht vollständig übereinstimmen mit den Interessen der Vormacht im Atlantikpakt. Wenn man die Normalität solcher gelinden Abweichungen begriffen hat und akzeptiert, dann weiß man auch, daß davon Bündnisse in der pluralistischen Welt des Westens nicht

zerstört werden, sondern, ganz im Gegenteil, daraus ihren Rückhalt in den verbündeten Völkern gewinnen.

Die neue Ost- und Deutschlandpolitik Bonns in den Jahren nach 1969 war eingebettet in eine entsprechende, gleichgerichtete Dialog-Politik des westlichen Bündnisses und seiner Vormacht USA. Es gab keinen westdeutschen Sonderweg. Die Ziele der ersten Etappe der neuen Politik waren eher bescheiden. Allerdings sollten sie die Tür öffnen für einen allmählichen Wandel der Verhältnisse in Europa, für einen Abbau der Spannungen zwischen West- und Osteuropa. Die Aufnahme staatlicher Beziehungen zur DDR sollte die Lebensumstände unter den Bedingungen der Teilung erleichtern, sollte sie, soweit es ging, normalisieren. Die Verträge mit Moskau, Warschau und Prag hatten ihren politischen Sinn im verbrieften Gewaltverzicht und der faktischen Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen. Eine europäische Sicherheitskonferenz unter Beteiligung der USA, die dann auch in Helsinki zusammentrat, sollte den Rahmen schaffen für politische, wirtschaftliche und humanitäre Verbesserungen auf dem alten Kontinent.

Europäischer Dialog

Diese Etappenziele sind erreicht worden. Auch die jetzige Bundesregierung in Bonn geht in ihrer konkreten Politik — nicht immer in ihren Erklärungen — gegenüber der DDR und dem Ostblock vom Buchstaben und Sinn der in den siebziger Jahren abgeschlossenen Verträge und des Dokuments von Helsinki aus. Ich habe mit Bedacht formuliert, daß es erste Etappenziele sind, die erreicht wurden. Die Erklärung von Helsinki beispielsweise ist ein Katalog von Forderungen, bei dem es ein erster Erfolg ist, daß er gemeinsam von West und Ost und den europäischen Neutralen aufgestellt wurde. Aber es fehlt gewiß noch weithin die Implementierung vieler wichtiger Forderungen des Katalogs. Und genau damit sind wir, wie ich es verstehe, an einem entscheidenden Punkt der jüngeren Diskussionen über die Entspannungspolitik angelangt; an der Frage, ob das Glas halbvoll oder halbleer ist. Nimmt man Helsinki als Beispiel für die Entspannungspolitik, für die Dialog-Politik zwischen West und Ost im ganzen, so wird im Grunde darüber gestritten, ob das Dokument der Konferenz inzwischen schon kein Erfolg mehr genannt werden kann, weil viele der in ihm enthaltenen Beschlüsse noch nicht erfüllt sind, oder ob es eine Frage der kontinuierlichen Geduld ist, daß an den ersten Erfolg, die Erklärung von Helsinki, Schritt um Schritt weitere Erfolge geknüpft

werden können. Die Antwort auf diese Grundfrage wird zu einem großen Teil die künftige Entwicklung in Europa bestimmen.

Nach meinem Verständnis geht es um mehr als den Unterschied zwischen Geduldigen und Ungeduldigen. An der Reaktion auf eine Reihe von Fakten und Fragen läßt sich ablesen, welche Grund-Differenzen über die Ost- und Deutschlandpolitik innerhalb der Bundesrepublik und auch des westlichen Lagers insgesamt, soweit es einen kenntnisreichen Anteil an dieser Thematik nimmt, bestehen. Das erste Faktum, das man sich klarmachen muß, ist, daß die Entspannungspolitik — die Dialog-Politik, wie ich vorziehe zu sagen, um einen Begriff zu vermeiden, der Illusionen wie unsachliche Polemiken wecken kann —, daß also die Dialogpolitik so, wie sie zwischen West und Ost seit Beginn der siebziger Jahre praktiziert worden ist, nur in Europa möglich war. Denn nur in Europa waren nach 1945 zwei Einflußgebiete der beiden Weltmächte, USA und Sowjetunion, entstanden, die wechselseitig — vielleicht zühneknirschend, vielleicht widerwillig, aber doch zuverlässig — respektiert wurden. Weder im Nahen Osten noch in Asien noch in Afrika hatte der Zweite Weltkrieg eine vergleichbare Situation hinterlassen. Dort war, anders als in Europa, die Politik um Einflußsphären der Weltmächte in Bewegung geblieben. Ihre Bewegung war sogar durch die Entkolonisierung und die Entwicklung der Sowjetunion zur überseeisch handlungsfähigen Macht erheblich beschleunigt worden.

Vergleicht man beispielsweise die zwischen Moskau und Washington wechselnden Einflüsse, denen sich Ägypten in den vergangenen dreißig Jahren geöffnet hat, mit der Eindeutigkeit der Dominien der Weltmächte in Europa, so wird der fundamentale Unterschied zwischen der politischen Lage auf dem alten Kontinent und der in fast allen anderen Teilen der Welt deutlich. Nur in Europa konnte eine Politik — die Entspannungs-, die Dialogpolitik — zwischen den beiden Weltmächten und ihren jeweiligen Verbündeten begonnen werden, die eine Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und humanitären Umstände zum Ziel hatte, nicht aber die radikale Veränderung der machtpolitischen Situation durch die Verdrängung der einen Macht durch die andere. Folgerichtig standen daher auch am Beginn dieser Politik von seiten der Bundesrepublik die Verträge mit Moskau, Warschau, Prag und Ost-Berlin, von seiten der übrigen NATO-Staaten die Vereinbarungen mit der DDR über die Aufnahme staatlicher Beziehungen: alles Verbriefungen der Anerkennung des europäischen Status quo. Ich füge dieser Fest-

stellung ausdrücklich den Satz hinzu, daß nach meiner Überzeugung die förmliche Anerkennung des Status quo die Voraussetzung für seine allmähliche, friedliche Veränderung ist.

Aus dem Faktum, daß solche Art der Dialogpolitik nur in Europa begonnen werden konnte, ergeben sich für die kritische Analyse dieser Politik drei zentrale Fragen — und natürlich auch drei mögliche unterschiedliche Antworten, die so oder so auf das Konzept der Ostpolitik, zu der für die Bundesrepublik auch die Deutschlandpolitik gehört, einwirken. Die erste Frage ist, ob Entspannung auf der Welt für längere Zeit teilbar ist, also in Europa vorhanden sein kann, wenn in anderen Teilen der Welt Spannungen zwischen West und Ost herrschen. Die propagandistische, wohl auch die ideologische Antwort vieler westlicher und westdeutscher Politiker, die Antwort, die den engen Zusammenschluß von Westeuropa und den USA im Auge hat, lautet gewöhnlich, daß Entspannung nicht teilbar sei, sondern, wenn überhaupt, nur ungeteilt auf der Welt existieren könne.

Die europäischen Tatsachen seit 1945 widerlegen diese Antwort — sofern man zum Maßstab der Entspannung nicht die westlichen Ideale der Menschenrechte und des politischen Systems nimmt, wie sie im neunzehnten Jahrhundert durch die bürgerliche Emanzipation in Europa und den USA ausformuliert worden sind, sondern den Frieden, und mag er noch so unbefriedigend sein. So gesehen, verglichen mit anderen, unglücklicheren Regionen der Welt, gab es Entspannung in Europa sogar schon in der Zeit des Maginotlinien-Denkens. Und seither hat jeder noch so kleine Schritt in Richtung auf die Verwirklichung der Helsinki-Beschlüsse, in der Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen die Entspannung qualitativ und konkret verbessert. Es ist richtig, daß zur Voraussetzung einer so definierten Entspannung die NATO gehört. Aber es ist auch richtig, daß die Entspannung in Europa stets auf der Anerkennung des Status quo beruhte, faktisch bereits vor Beginn der Dialogpolitik, förmlich — wenn auch nicht in allen Einzelheiten juristisch — seit Beginn der siebziger Jahre.

Europa ist keine Insel der Seligen

Natürlich kann Europa in einer Welt von West-Ost-Spannungen, von rüstungspolitischen oder regionalen Zuspitzungen, niemals eine Insel der Seligen sein. Das Verhältnis der beiden Weltmächte in irgendeinem Teil der Welt, in irgendeiner Frage wirkt zum Guten oder Schlechten auf den europäischen Zustand ein. Aber es gibt bis zu einem gewis-

sen Grade die Chance Europas, Abkühlungen zwischen Washington und Moskau nicht immer und nicht uneingeschränkt zu einem europäischen Schnupfen werden zu lassen. Es ist keine überwältigend große Chance, aber sie ist, wie ich es sehe, größer als jene Politiker sie wahrhaben wollen, die das Klima der Welt überall nur am Stand der Beziehungen zwischen den Weltmächten messen. Die konkrete Ostpolitik und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik wird auch — heute und auf vorhersehbare Zeit im Rahmen der NATO — aus dieser Chance heraus gestaltet, sofern die jeweilige Bundesregierung alle Möglichkeiten ausschöpft. Um auch dies zu sagen: Ich kann im Wahrnehmen dieser Chance durch die Europäer, durch die Deutschen, nichts politisch Unethisches und Unmoralisches, keinen Verrat an westlichen Positionen erkennen, denn die Alternative ist nicht ungeteilte Entspannung auf der Welt, sondern ungeteilte Spannung.

Es versteht sich von selbst, daß die Westeuropäer, ausgesprochen oder unausgesprochen, an der kleinen europäischen Chance ein stärkeres Interesse haben als ihre amerikanischen Verbündeten. Wir berühren aber mit dieser unschuldigen Bemerkung über Hemd und Rock die zweite zentrale Frage, die im Zusammenhang mit der Ost- und Deutschlandpolitik gestellt wird. Die Frage lautet: Liegt nicht im Feststellen und Wahrnehmen spezieller europäischer Interessen schon eine unzulässige Distanzierung von der amerikanischen Schutzmacht Westeuropas? Kommen wir damit nicht einer Äquidistanz Westeuropas, Westdeutschlands gegenüber Washington und Moskau nahe? Ist dies nicht der Keim des allmählichen Verfalls des Bündnisses? So heißen die Anschlussfragen.

Bei dem Versuch einer Antwort, meiner Antwort jedenfalls, geraten wir in die gefährlichen, schwer ergründlichen Gewässer des Psychologischen, sobald wir erkannt haben, daß solche besorgten Fragen, die sich schnell auch in Vorwürfe an Andersdenkende ummünzen lassen, in keinem westeuropäischen Land häufiger und polemischer aufgeworfen werden als in der Bundesrepublik. Frankreich zum Beispiel hat mit der Definition seiner französisch-europäischen Interessen innerhalb der NATO keine inneren Schwierigkeiten. Und auch in den Niederlanden, um einen anderen Vergleich zu ziehen, gipfeln die Debatten über die Stationierung von neuen Mittelstrecken-Raketen selten in der Unterstellung, die Stationierungs-Gegner seien grundsätzlich anti-amerikanisch, seien dem Bündnis feindlich gesonnen. In der Bundesrepublik Deutschland jedoch enden viele Diskussionen über

die Ost- und Deutschlandpolitik, die die Sozialdemokraten und die Liberalen 1969 begonnen haben, nicht nur immer noch, sondern seit dem Regierungswechsel in Bonn sogar wieder verstärkt bei der Behauptung von mangelnder Bündnistreue jener politischen Kräfte, die die kleine Chance für eine relative Entspannung in Europa trotz allgemeiner Spannungen zwischen den Weltmächten nutzen wollen.

Unheimlicher sind die Gläubigen

Mir genügt für die Erklärung dieser westdeutschen Besonderheit nicht, daß die Bundesrepublik das westlichste Vorfeld an der Demarkationslinie der beiden Militärblöcke ist. Daraus müßte doch eher ein Interesse an Entspannung um fast jeden Preis resultieren. Und ich führe auch die relative Stärke der westdeutschen Friedensbewegung im Jahre 1983 vor allem auf diese prekäre geographische Lage Westdeutschlands zurück. Aber viele Westdeutsche — ich vermute begründet: weit mehr als in der Friedensbewegung gegen die Raketenstationierung versammelt waren — tendieren eben, entgegen den geographischen und auch manchen historisch-kulturellen Gründen, zu einem besonders engen, geradezu totalitär gestimmten Zusammenschluß mit den USA: so eng, daß darüber im politischen Bewußtsein die einfache Tatsache des naturgegebenen Sicherheitsunterschieds zwischen der amerikanischen Zitadelle der NATO und ihrem westdeutschen Glacis, worüber man doch nachdenklich werden kann, verlorengelassen wird. Um diesen erstaunlichen Vorgang zu ergründen, komme ich für meinen Teil, wie schon gesagt, um einen psychologischen Deutungsversuch nicht herum.

Für viele der damals erwachsenen Deutschen war das Kriegsende 1945 nicht nur eine Niederlage des Reiches, die sich in den zerstörten Städten als eine materielle Katastrophe ausdrückte. Es gab auch eine Art seelischer Betäubung, mit der man auf die emotionalen Überforderungen durch den Nationalsozialismus reagierte. Für die jüngeren Deutschen, die sich nach dem Kriege schnell den neuen Eindrücken und Werten öffneten, galt das weniger als für die etwas älteren, die sich mit Verbissenheit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau widmeten — was die geistige und seelische Betäubung noch nicht löste. Mit der Möglichkeit jedoch, Partner der westlichen Welt zu werden, was sich am sinnhaftesten in der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO ausdrückte, eröffnete sich für viele Westdeutsche auch ein Weg, ihre ideellen Nachholbedürfnisse zu befriedigen.

Das Bündnis mit Amerika — und das bedeutet die

NATO für diese Westdeutschen, die übrigen Partner treten in ihrem Bewußtsein hinter dem transatlantischen Vorbild für vieles weit zurück — wurde so von einem notwendigen, zweckbestimmten Zusammenschluß zu einer ideellen Wertegemeinschaft überhöht: das Bündnis als geistiger und mehr noch emotionaler Selbstzweck. Von daher entwickeln sich Diskussionen über Fragen von NATO-Strategien, von NATO und Entspannung, von NATO und Ostpolitik in der Bundesrepublik so oft, so schnell aus einer nüchternen Bestandsaufnahme und Güterabwägung in eine Quasi-Inquisition, ob man etwa im westlichen Glauben nachlasse. Von daher ist es agitatorisch, parteipolitisch möglich, den Konsens unter Wählern zu verbreiten, ein unvoreingenommener westdeutscher Blick auf die Weltmacht-Bedingungen, unter denen sowohl Washington als auch Moskau zunächst einmal ihre Politik betreiben, weil sie eben Weltmächte sind, bevor dann Unterschiede sich geltend machen — eine so nüchterne Betrachtung bedeute schon eine Äquidistanz auch im Ideellen. Manche westdeutschen Auseinandersetzungen, die scheinbar mit dem Verhältnis zu Amerika zu tun haben, sind wohl eher die Suche nach einer verlorenen Identität. Wäre ich ein Partner der Westdeutschen, so wären mir die Nüchternen im Lande weniger unheimlich als die Gläubigen.

Aber ist es denn nötig, die partiell unterschiedliche Interessenlage zwischen Westeuropa und den USA im selben Bündnis hervorzuheben und die Folgen des Unterschieds für die künftige Politik in Europa zu bedenken? Ich meine, das wäre leichtfertig für alle Beteiligten. Und ich habe es immer auch für einen wesentlichen Vorzug unseres westlichen Systems angesehen, eine Einsicht zu Ende denken zu können, ohne besorgt sein zu müssen vor einem dogmatischen Sündenfall. Wenn ich von diesem Vorzug Gebrauch mache, so erkenne ich, daß die Vereinigten Staaten von Amerika — weil allein sie im Westen die Last einer Weltmacht zu tragen haben — in anderen Kategorien denken, in anderer Weise gegenüber der Welt fühlen und nach anderen Maßstäben handeln als ihre westeuropäischen Verbündeten.

Weltmacht und Verbündete

In diesem Zusammenhang und im Blick auf die damals noch neue Administration von Präsident Reagan habe ich in einer Analyse des inneren Zustandes der NATO im November 1981 geschrieben: „Gegenwärtig entfernt sich Amerika geistig von vielen seiner westeuropäischen Freunde durch die Restauration eines von Leidenserfahrungen nicht ge-

brochenen Glaubens an die Machbarkeit von nahezu allem. Manchen von uns gefällt das. Andere frösteln ob des wieder sichtbar werdenden Altersunterschieds zwischen, eben, der Alten und der Neuen Welt . . . Kein NATO-Partner will den Krieg, alle wollen den Frieden. Aber es existiert, weniger bewußt als unbewußt, eine im Kern unterschiedliche Auffassung zwischen vielen Europäern und vielen Amerikanern davon, ob Krieg mit anderen Mitteln fortgesetzte Politik ist oder das Ende von allem. Wen soll der Unterschied verwundern? Die amerikanische Weltmacht hat seit 1945 Kriege geführt und wird, Gott sei es geklagt, hochwahrscheinlich weitere führen müssen. Für die Amerikaner liegt 1945 länger zurück als für die Europäer, um mindestens zwei Kriege, Korea und Vietnam, länger.“

Für eine Weltmacht ist es schier unerträglich, in ihrer Handlungsfreiheit beschränkt zu sein, weil waffentechnisch ihr Sanktuarium, das eigene Territorium, von schwerster Zerstörung bedroht ist. (Man sollte übrigens in einer pragmatischen Analyse diesen Gedanken auch auf die andere Weltmacht, die Sowjetunion, erstrecken.) Die atomaren Waffen haben dieses Problem auf eine bis dahin undenkbar Spitze getrieben. Nach allen historischen Erfahrungen muß einer Weltmacht dies wie das Ende aller Geschichte erscheinen. Ganz konsequent haben daher die USA rüstungspolitisch, waffentechnisch die atomaren Waffen zum eigenen Schutz und zum Schutz Westeuropas ständig verkleinert, militärisch hantierbarer gemacht, die totale Antwort mit dem großen Knüppel zu einer flexible response mit einem kleineren umformuliert: Weil wahrhaftig von den USA nicht erwartet werden kann, daß sie im Konfliktfall mit der Sowjetunion außerhalb des eigenen Territoriums, etwa in Europa, sogleich und unter allen Umständen für Amsterdam oder München das selbstmörderische Opfer Chicago oder Boston bringen. Die Besinnungspause militärisch möglich zu machen, die es nach einem ersten taktischen atomaren Schlagabtausch vielleicht gibt, das ist nicht nur das gute Recht der USA, es ist ihre nationale Pflicht. Der Untergang Mitteleuropas aber läge vor einer solchen möglichen Besinnungspause. Jedenfalls verwandelte die flexible response die NATO bis zu einem gewissen Grade aus einem regionalen Defensivbündnis Westeuropas unter dem atomaren Schutzschild der USA — anfangs, 1949, ohne jede Abstufung und taktische Verfeinerung — in ein Instrument der globalen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Das ist eine Feststellung, die mit einer ideellen Äquidistanz nicht das geringste zu tun hat, die wohl aber für mich begründet, warum

die partielle Interessendifferenz zwischen den USA und Westeuropa in der Dialogpolitik, in dem Bemühen um Entspannung in Europa berücksichtigt werden muß.

Pflicht zum Siegen?

Die angekündigte dritte zentrale Frage zur Ostpolitik ist der eben abgehandelten zweiten im Grunde nahe verwandt. Sie lautet: Ist denn die Sowjetunion mit ihrer weltrevolutionären Ideologie überhaupt imstande, ein verlässlicher Dialogpartner zu sein? Darin steckt auch die Frage: Ist eine solche Dialogpolitik moralisch zu verantworten?

Ich kann nur meine Antworten geben. Wenn ich die Propaganda, in der nicht nur die Kommunisten, sondern auch wir im Westen manches Erstaunliche zuwege bringen, beiseite lasse und statt dessen die Fakten betrachte, so erkenne ich, daß die innere Beschaffenheit des Sowjetblocks — wirtschaftlich, technisch, administrativ — wenig kontinuierliche Expansionskraft entwickelt. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man einen Vergleich zieht zu dem Innovationsschub, zu dem die USA in den vergangenen Jahren auch außenpolitisch, in Überwindung des Schocks von Vietnam und Watergate, fähig gewesen sind. Trotz aller rituellen ideologischen Lippendienste Moskaus sieht es oft so aus, als ob soziale, politische Veränderungen in der Dritten Welt, hinter denen wir die weltrevolutionäre Absicht wittern, von der Sowjetunion eher ächzend, nur als eine weitere Bürde unter Schutzpatronat genommen werden. Tatsächlich haben die USA aus vielen Gründen nach wie vor ein allgemeines Übergewicht über die Sowjetunion, die noch immer partiell ein Entwicklungsland ist. Der beharrende Metternich unserer Zeit war jedenfalls nicht Henry Kissinger, sondern Andrej Gromyko.

Allerdings wird sich der Westen darauf einzurichten haben, daß die Sowjetunion allemal stark genug ist, um in jenen Regionen der Welt, in denen die Einflußgebiete nicht, wie in Europa, geklärt sind, ihren Einfluß geltend zu machen. Wie könnte dem Westen, wie könnte den USA diese Einsicht leichtfallen? Was war Rußland und später die Sowjetunion, als in westlichen Ländern viele Schulkinder mit der Anekdote von dem britischen Admiral aufwachsen, der bei einer strittigen Einflußfrage vor einer Insel in einem Weltmeer einen Eimer Wasser an Bord hieven ließ, seinen Finger hineinsteckte, ihn ableckte und sagte: salzig, also britisches Einflußgebiet? Auch die Russen stecken heute ihre Finger in das Salzwasser:

Nicht überall freilich können die Sowjets ihren

Einfluß andauernd behaupten. Manche Länder emanzipieren sich von ihm; nicht selten waren es westliche Fehler, die sie vorher an die Seite Moskaus geführt hatten. Die Folgen westlicher Fehler sollten nicht mit einem weltrevolutionären Elan der Sowjets verwechselt werden.

Jedoch ist unzweifelhaft, daß die Sowjetunion ein gleichberechtigtes Mitspracherecht auf der Welt beansprucht und nicht nur mit einem Winseln von ihm ablassen wird. Werden wir diese Einsicht ertragen können? Welchen Schluß wird der Westen, werden vor allem die USA daraus ziehen? An dieser Stelle kommt in westlichen Diskussionen oft der moralische, der ideologische Faktor in die Politik hinein. Macht der Archipel Gulag den Sieg über das östliche System zu einer westlichen Gewissenspflicht? So einfach ausgesprochen, ist die Frage doch erschreckend. Aber der rhetorische Qualm, den viele Politiker zu erzeugen vermögen, dämpft gewöhnlich das Erschrecken. Ihnen gelingt es, so zu tun, als ob — aber es nicht ganz so zu meinen. Solche Rhetorik jedoch ist nur bis zu einem bestimmten Punkt ein innenpolitischer Vorgang, der außenpolitisch folgenlos bleibt. Ich mache noch einmal von unseren Freiheiten Gebrauch, wenn ich — absichtsvoll in bezug auf manche Äußerungen der jetzigen amerikanischen Regierung — an den letzten deutschen Kaiser, Wilhelm II., erinnere, dessen Bramarbasieren, und mag es noch so sehr nur für die Selbstbestätigung, für den Hausgebrauch bestimmt gewesen sein, schließlich doch Folgen für das Klima in der Welt hatte. Nun höre ich schon den Zwischenruf: Und die Sowjets, was ist mit dem rhetorischen Gedröhne der Sowjets? Ich meine dazu, wir sollten uns im Besitz unserer Vorzüge niemals in einer Rechnung mit der anderen Seite: eins und eins ist zwei, zusammenfinden.

Eine Pflicht zum Siegen, zum Besiegen? Eine solche Pflicht wird sich nur in einem Krieg erfüllen lassen: selbst wenn er ein sogenannter konventioneller bliebe — für Mitteleuropa und seine nächsten Nachbarn bedeutete er schon nahezu das totale Ende. Jede Alternative dazu verlangt Kompromisse. Es ist weder zynisch noch ideell wertfrei, wenn ich daran erinnere, daß ein Ausweichen vor dieser Einsicht in der Zitadelle eines Bündnisses leichter ist als auf seinem Vorfeld. Aber es will ja auch niemand den Krieg im Westen, weder in der Zitadelle noch im Vorfeld des Systems. Warum richten wir dann nicht unsere Politik konsequent darauf ein, auch in unserem eigenen Bewußtsein, daß wir auf jede vorhersehbare Zeit mit dem anderen System auf der Welt leben müssen? Darauf, daß selbst ein allmähli-

cher Wandel des anderen Systems nicht zu einer völligen Angleichung an unseres führen würde? Wenn die beiden deutschen Staaten eines Tages, er ist nicht zu sehen, sich vereinigen könnten: Es fände sich wohl kaum eine Mehrheit in der DDR, die die alten Eigentümer der Fabriken und des großen Grundbesitzes oder deren Erben wieder in ihre Rechte eingesetzt sehen wollte.

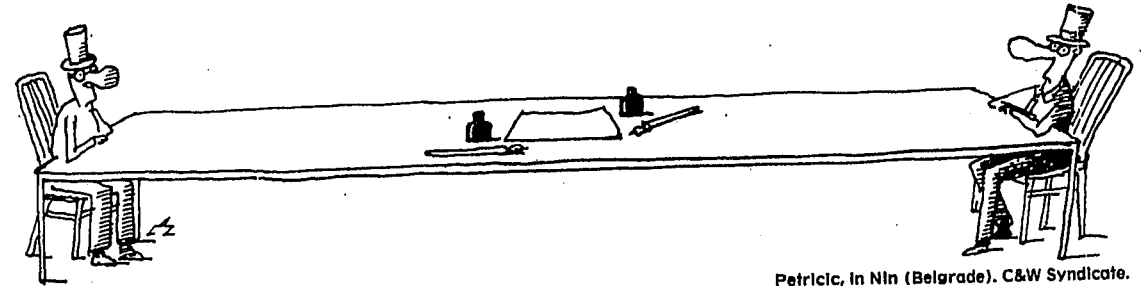
Das zu erkennen und auszusprechen, ist keine Respektsbezeugung vor dem östlichen System, sondern nur die Bereitschaft, auch kränkende Wahrheiten zur Kenntnis zu nehmen und nicht alle unsere Werte gleichermaßen absolut, als das nonplusultra zu setzen, das keiner Reformen mehr bedarf. Es gibt da übrigens auch, gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik, historische Entwicklungs- und Erfahrungsunterschiede zwischen den USA und Westeuropa. Kann man sagen, die westlichen, humanitären Ideale der industriellen Arbeitswelt sind noch nicht alle in Amerika an Land gegangen? Können die USA, eine Weltmacht ohnegleichen, auch von Europa, noch einmal von Europa lernen? Muß ich hinzufügen, daß es einen Deutschen, nach allem was gewesen ist, in manche innere Bedrängnis bringt, wenn er eine solche Frage stellt?

Wenn man meine Antworten auf die von mir selber aufgeworfenen Fragen als die Grundlinien — nicht mehr — eines Konzepts nimmt, dann bedeutet das, eine Dialogpolitik in Europa fortzusetzen und auszubauen, weil dort die besten, vielleicht nur dort überhaupt die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Das kann von Fall zu Fall zu einem Abweichen von der jeweiligen amerikanischen Linie gegenüber Moskau führen. Das ist nicht identisch mit einer Auflösung des Bündnisses, denn es ist überhaupt nur möglich, soweit die innere Freiheit des westlichen Pakts reicht. Ist es ganz ausgeschlossen, daß sich in einer geduldigen, pragmatischen, unideologischen Diskussion innerhalb der NATO eine gemeinsame Einsicht von USA und Westeuropa einstellt, die solche europäische Dialogpolitik auch als nützlich für die westliche Weltmacht erkennt — nützlich in Europa und anderswo?

Repolitisierung der West-Ost-Beziehungen

Die Deutschlandpolitik, die „deutsche Frage“ sind innerhalb einer solchen Politik von der realistischen, redlichen Einschätzung begrenzt, daß die Aufhebung der staatlichen Teilung in keiner vorhersehbaren Zeit zu erwarten ist. Diese Begrenzung der kalkulierbaren Ziele rechtfertigt sich aus der ihr innewohnenden obersten Priorität der Erhaltung des Friedens, des bewußten Verzichts auf einen Sieg

über die andere Seite. Diese Politik ist wegen dieser Priorität moralisch. Alle Anstrengungen sind darauf zu richten, den Zusammenhalt, die Lebensfähigkeit der deutschen Nation in einem entstaatlichten Zustand zu sichern — was geistig und praktisch konkret erleichtert werden wird, wenn die gesamteuropäische Dialogpolitik im hier skizzierten Sinne betrieben wird. Vielleicht muß, um die Anerkennung des Status quo zu vervollständigen, damit er sich so allmählich lockert — ohne Machtfragen aufzuwerfen —, über die Form und den Inhalt eines



Petricic, in NIN (Belgrade). C&W Syndicate.

Friedensvertrags für die beiden deutschen Staaten nachgedacht werden. Vielleicht brauchen wir eine Konferenz der vier Siegermächte über die deutschen Staaten.

Die kühnste, aber doch eigentlich immer noch realistisch-bescheidene Formel, so meine ich, die ich für die Dialogpolitik in Europa anzubieten habe, ist die von einer „Reform der Bündnisse“. Das bedeutet: keine Verdrängung der beiden Weltmächte aus ihren Bündnissen in Europa, aber doch eine verstärkte Selbständigkeit der mittleren und kleinen, der europäischen Staaten in den Paktsystemen. Wir werden in dieser Reform erkennbar vorangehen müssen, denn unser westliches System erleichtert zukunftsfrüchtige Vorleistungen. Nach meinen Erfahrungen in einem Ostblockstaat ist es falsch, zu unterstellen, unter der Herrschaft Moskaus gebe es keine Chance für partielle Sonderinteressen der mittleren und kleinen Staaten des Warschauer Pakts. Es gibt sie, vor allem wirtschaftlich; und sie lassen sich konkretisieren, auch in interner Abstimmung der Ostblockstaaten mit Moskau, solange eben die entsprechende westeuropäische Politik eine grund-

sätzliche, machtpolitische Veränderung des Status quo in Europa anstrebt — womit der konzeptionelle Kreis sich schließt. Ich halte dies für den Ansatz einer Politik, die unter den Bedingungen der drohenden atomaren Vernichtung das Ende der Geschichte im Sinne einer dennoch wiedergewonnenen Bewegung in der Politik aufzuheben versucht.

Die Ziele einer solchen Politik in Europa sind bescheiden, die Ziele sind hochfahrend: nicht nur die Schönheit, wie Goethe sagt, liegt im Auge des Betrachters. Die Ziele sind kontinuierlich vermehrte

konkrete Resultate im Geist der Beschlüsse von Helsinki — wie wäre Europa dadurch verändert. Mit voller Absicht wurde jede Erwägung, welche militärpolitische Konsequenz eine solche faktische, wenn möglich und nötig förmliche „Reform der Bündnisse“ haben könnte, sollte oder müßte, vermieden. Zu lange schon diktiert nach meinem Verständnis das militärpolitische Expertentum die Diskussionen innerhalb der NATO, vermutlich auch die im Warschauer Pakt und sicher die zwischen den Blöcken. Wir brauchen eine Repolitisierung der West-Ost-Beziehungen. Die Politiker sollen die geschätzten Militärs — mit dem notwendigen Mißtrauen gegenüber dem Kommunismus — anweisen, alles militärisch Nötige zur Absicherung eines politischen Konzepts zu tun, sobald das Konzept politisch beschlossen ist.

Sind die Politiker in West und Ost, in Washington und Moskau dazu noch fähig? Ist mein grober Entwurf eines Konzepts vielleicht schon eine gänzlich irrealer Utopie unter den herrschenden Umständen auf der Welt? Ich bin aus östlichen, aber auch aus westlichen Gründen ein Pessimist.